

# Statistik der Gesetzgebung – Überblick 17. Wahlperiode

Stand: 15.5.2010

<b>1. Gesamtzahl der beim Bundesrat bzw. Bundestag eingebrachten Gesetzesvorhaben</b>	<b>145</b>
Regierungsvorlagen	53
Gesetzesanträge von Ländern	40
davon bereits vor Beginn der laufenden Wahlperiode dem Bundesrat zugeleitet	1
Initiativen des Bundestages	52
<b>2. Beim Bundestag eingebracht</b>	<b>102</b>
Regierungsvorlagen	31
Initiativen des Bundesrates	19
Initiativen des Bundestages	52
CDU/CSU, SPD, FDP	2
CDU/CSU, FDP	7
SPD	17
DIE LINKE	9
Bündnis 90/Grüne	17
<b>3. Im Bundestag in 1. Beratung behandelt</b>	<b>64</b>
<b>4. Vom Bundestag verabschiedet</b>	<b>18</b>
Regierungsvorlagen	15
Initiativen des Bundesrates	0
Initiativen des Bundestages	3
CDU/CSU, SPD, FDP	0
CDU/CSU, FDP	3
SPD	0
DIE LINKE	0
Bündnis 90/Grüne	0
 Abspaltungen von Gesetzentwürfen auf der Grundlage von Ausschussempfehlungen der Bundestagsausschüsse	 0

Vereinigungen von Gesetzentwürfen mit unklarem Schwerpunkt der Initiative *	0
<b>5. Im Bundesrat behandelte Gesetzesbeschlüsse</b>	<b>15</b>
(2. Durchgang und Vermittlungsverfahren)	
Zustimmungsversagungen	0
Gesetze, zu denen der Bundesrat Einspruch einlegte	0
Einspruch vom Bundestag zurückgewiesen	0
<b>6. Vermittlungsverfahren</b>	
Gesetzesbeschlüsse des Bundestages, zu denen der Vermittlungsausschuss angerufen wurde	1
Gesamtzahl der Anrufungen des Vermittlungsausschusses	1
Anrufungen durch den Bundesrat	1
Anrufungen durch die Bundesregierung	0
Anrufungen durch den Bundestag	0
<b>7. Verkündungen</b>	<b>5</b>
als zustimmungsbedürftig verkündet	4
als nicht zustimmungsbedürftig verkündet	1
Regierungsvorlagen	4
Initiativen des Bundesrates	0
Initiativen des Bundestages	1
CDU/CSU, SPD, FDP	0
CDU/CSU, FDP	1
SPD	0
DIE LINKE	0
Bündnis 90/Grüne	0
Abspaltungen von Gesetzentwürfen auf der Grundlage von Ausschussempfehlungen (Bundestag oder Vermittlungsausschuss)	0
Vereinigungen von Gesetzentwürfen mit unklarem Schwerpunkt der Initiative *	0

\* Anzahl derjenigen zusammengeführten Paralleleinbringungen von Gesetzentwürfen der Bundesregierung und der Koalitionsfraktionen, bei denen unklar ist, wessen Entwurf weitergeführt worden ist.